

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Der Achtstundentag auf dem Vormarsche.

Ungefährlich um die Zeit des 1. Mai, wenn die Arbeiter sich rüsten, um den Weltfeiertag zu begehen, fährt den Kapitalisten und Bourgeois ein jäher Schreden in die Glieder. Sie entrüsten sich stets von Neuem wieder über das Bestreben der organisierten Arbeiter, die Arbeitszeit zu verkürzen. Den kurzfristigen Philistern und Pfahlbürgern geht jegliches Verständnis ab für die Bedeutung einer kurzen Arbeitszeit in gesundheitlicher, sozialer, kultureller und volkswirtschaftlicher Beziehung, sie haben keine Ahnung von der Notwendigkeit, der ungezügelteren kapitalistischen Ausbeutung des Volkes Einhalt zu thun, die Verwüstung der Volkskraft zu verhindern und dem Volke seine geistige und körperliche Fähigkeit zu wirklichen Kulturleistungen zu erhalten. Diese geistig Armen erblicken in der großartigen Bewegung, die alle Kulturländer durchläuft, lediglich das Produkt der Aufhebung und Verführung und möchten am liebsten den Drang der Arbeitermassen nach Arbeitszeitverkürzung, den sie Faulenzerei nennen, mit dem Polizeiknüppel erlösten. Aus diesem Grunde suchen sie auch die Demonstration am 1. Mai nach Möglichkeit zu verhindern.

Ueber die Bedeutung einer kurzen Arbeitszeit für das Gedeihen eines Volkes ist seit Jahrzehnten unbeschreiblich viel geredet und geschrieben worden, und es hiesse geradezu Wasser in die Elbe gießen, wenn wir unseren Kollegen noch einmal alle die Gründe vorzuführen wollten, die den Achtstundentag rechtfertigen. Auch heute gelten noch die Ausführungen, die der berühmte englische Staatsmann Macaulay am 22. Mai 1846 im Parlamente machte, als es sich um die gesetzliche Festlegung des Zehnstundentages handelte.

„Ist es Euch nicht bekannt“, so ruft er aus, „daß Ihr in einer Gesellschaft lebt, in welcher die Arbeit der Erwachsenen auf sechs Tage in der Woche beschränkt ist? Hört Ihr jemals von einem einzigen Staate seit dem Anfang der Welt, in dem nicht ein bestimmter Theil der Zeit durch öffentliche Autorität für die Ruhe und die Erholung der Erwachsenen bestimmt worden wäre? Ist es nicht ergötzlich, einen Menschen zuversichtlich erklären zu hören, jede Gesetzgebung, welche die Arbeit Erwachsener beschränke, müsse verhängnisvolle Folgen für die Gesellschaft nach sich ziehen, ohne einmal zu fragen, ob es denn schon jemals eine Gesellschaft ohne eine derartige Beschränkung gegeben hat? Der Gebrauch, die Arbeitszeit Erwachsener durch Gesetz zu beschränken, ist weit davon entfernt, ein unerhörtes oder ungeheuerlicher Brauch zu sein, wie manche Menschen zu glauben scheinen, es ist vielmehr ein so allgemeiner Gebrauch, wie das Tragen von Kleidern oder die Benutzung der Hauskühnere. Die Gründe gegen das auf dem Tische des Hauses liegende Gesetz sind keine anderen als solche, die sich auch gegen die Innehaltung der Sonntagsruhe geltend machen lassen. Will Jemand hier im Hause behaupten, daß das Gesetz, welches die Arbeitswoche auf sechs Tage beschränkt, der arbeitenden Bevölkerung nachtheilig gewesen ist? Ich bin gewiß, Niemand wird dies wollen. Und da sollte ich glauben, ein Gesetz, das die Zahl der Arbeitsstunden beschränkt, müsse notwendig der arbeitenden Bevölkerung nachtheilig gewesen sein?“

Der Redner weist darauf hin, daß es im Reformationszeitalter Leute gegeben habe, die die Sonntagsruhe hätten abschaffen wollen. „Angenommen nun“, so berechnet er, „im Jahre 1546 hätte unser Parlament ein Gesetz gemacht, daß fernerhin sieben Tage in der Woche gearbeitet werden sollte. Welche Vermehrung der Produktion, welches Steigen der Löhne müßte dieses Gesetz im Gefolge haben! Wie gänzlich außer Stande müßte der fremde Gewerbetreibende, der noch immer seine Fest- und Ruhetage hatte, sich befinden haben, die Mitbewerbung mit einem Volke zu bestehen, bei dem vom Morgen bis zur Nacht an 365 Tagen des Jahres die Säden offen, die Märkte gebrängt, die Spaten und Axt und Hobel und Keilen und Umbosse und Webstühle beschäftigt waren! Die Sonntage von 300 Jahren betragen 50 unserer Arbeitsjahre. Wir wissen, was der Fleiß von 50 Jahren vernichten kann. Wer wird nun behaupten wollen, daß, wenn wir während der letzten 300 Jahre keinen Ruhetag

gehabt, wir heute ein zivilisierteres Volk wären, als wir es jetzt sind und daß insbesondere die arbeitende Klasse weit besser daran sein würde, als es gegenwärtig der Fall ist? Ich für meinen Theil habe nicht den geringsten Zweifel, daß wir ein weit ärmeres und kultivierteres Volk sein würden, als wir sind, daß weniger Produktion stattgefunden haben, daß die Löhne des Arbeiters niedriger sein würden und daß irgend eine andere Nation jetzt Baumwollstoffe und Schafwollstoffe und Messerschmiedewerke für den Weltmarkt liefern würde.“

Dieser großartige Gedanke, daß eine mäßige Arbeitszeit ein Volk emporhebt, während eine überlange Arbeitszeit dasselbe körperlich und geistig zu Grunde richtet, ist der Gipfelpunkt der ganzen Rede. Er wird noch ergänzt durch die Behauptung, daß auch ein einzelner Arbeiter in einer überlangen Arbeitszeit weniger Werk liefern werde, als in einer mäßigen. Zur Begründung dieser Behauptung weist er darauf hin, daß man die Arbeit nicht nach der Elle messen könne, sondern auch die körperliche und geistige Spannkraft des Arbeiters berücksichtigen müsse. „Daher kommt es, daß wir nicht ärmer, sondern reicher geworden sind, weil wir viele Jahrhunderte hindurch einen Tag in der Woche von unserer Arbeit geruht haben. Dieser Tag ist nicht verloren. Während der Fleiß aussetzt, während der Pflug in der Furche liegt, während kein Rauch aus der Fabrik aufsteigt, geht ein für den Wohlstand der Nation ebenso wichtiger Prozeß vor sich, wie irgend ein Prozeß, der an geschäftigeren Tagen ausgeführt wird. Der Mensch, die Maschine der Maschinen, ruht aus, so daß er am Montag mit klarem Geiste, mit belebterem Sinne, mit erneuter Körperkraft zu seiner Arbeit zurückkehrt. Niemals werde ich glauben, daß das, was einen Menschen oder eine Bevölkerung stärker und gesunder und weiser macht, sie schließlich ärmer machen kann. Ihr versucht uns zu schrecken mit der Angabe, daß andere Völker länger arbeiten als wir und daß wir uns nicht zu halten vermögen gegen deren Mitbewerbung. Meine Herren, ich lache über den Gedanken an eine solche Mitbewerbung. Wenn wir jemals genöthigt sind, die erste Stelle unter den Handelsvölkern abzutreten, so werden wir sie nicht einem Geschlecht entarteter Zwerge abtreten, sondern einem an Körper und Geist hervorragenden kräftigen Volke.“

Seitdem der große Macaulay diese Rede gehalten hat, sind mehr als 50 Jahre ins Land gegangen und in dieser Zeit ist die Notwendigkeit und der Vortheil einer kurzen Arbeitszeit immer mehr erkannt worden. Wir können ruhig behaupten, daß der Gedanke des Achtstundentages immer mehr Boden gewinnt und auch in den Köpfen vernünftiger, unparteiischer denkender Unternehmer mehr und mehr Wurzel faßt. Besonders, seitdem durch zahlreiche Versuche thatsächlich festgestellt worden ist, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden täglich keine Verminderung der Arbeitsleistung und des Produktquantums herbeiführt, fällt jeglicher Grund weg, den Achtstundentag noch zu bekämpfen. Aus diesen Versuchen heben wir nur ein paar Beispiele hervor:

In Australien hat man gefunden, daß nach dem Ausspruch des Bauunternehmers James Stephens in Melbourne, „die Arbeiter heutzutage in 8 Stunden mindestens ebenso viel leisten, wie früher in 10 Stunden.“ Der österreichische Fabrikinspektor in Pilsen berichtet über die Einführung des achtstündigen Arbeitstages in dem gräflich Rostiz'schen Eisenwerk in Schindelswald: „Durch die Verkürzung der Arbeitszeit wird der Arbeiter entschieden kräftiger und leistet, nach der Versicherung des Betriebsdirektors Heidler, in den jetzigen 8 Arbeitsstunden bedeutend mehr, als während der früher bestandenen zwölfstündigen Arbeitsdauer. Diese Wahrnehmungen waren die Veranlassung, daß die Direktion auch in dem von ihr unterstellten Puddelwerk bei Rothau die achtstündige Arbeitszeit eingeführt hat.“ Der Eisenindustrielle Vogt, der Präsident der Hanbels- und Gewerbekammer in Leoben hat öffentlich erklärt: „Ich selbst bin für eine achtstündige Arbeitszeit und habe es durchgesehen, daß bloß 8 Stunden gearbeitet wird, weil die Arbeiter in 8 Stunden so viel verdienen, wie früher in 12 Stunden; und ich gewinne dabei, weil sie in 8 Stunden mehr leisten als anders-

wo in 12 Stunden.“ Auch in den schlesischen Gruben hat sich der Achtstundentag sehr gut bewährt. Die Arbeiter der „Schlesischen Kohlen- und Kokswerke“ haben bereits seit dem Jahre 1897 die achtstündige Arbeitszeit, die am 1. April 1900 auch von der „Glückhülfs-Friedenshoffnungsgrube“ eingeführt wurde. Am 1. Mai folgten die Fuchsgrube und die fürstlich Pfef'schen Gruben (Fürstensteiner), Ende 1900 folgte die Rothbacher Grube. Am Schluß des Jahres war auf allen größeren Werken die Achtstundenschicht eingeführt. Was das Beste ist, der Bericht des Unternehmervereins macht bekannt, daß an der verkürzten Arbeitszeit „streng festgehalten“ würde!

Das bekannteste Beispiel ist die Einführung des Achtstundentages in dem weltberühmten optischen Institute von Carl Zeiß in Jena, dessen Leiter, Professor Dr. Abbe, nachgewiesen hat, daß seitdem weder eine Verringerung der Arbeitsleistung noch des Arbeitsverdienstes eingetreten ist, sondern eher das Gegentheil. Eine systematische Zusammenstellung der Ergebnisse des Achtstundentages enthält eine Vergleichung des Stundenverdienstes von 233 Arbeiter in im letzten Jahre des Neunstundentages. Diese 233 Arbeiter leisteten im Neunstundenjahr 559 168 Akkordstunden, im Achtstundenjahr 509 659 Akkordstunden. Die dafür bezahlte Lohnsumme bezifferte sich beim Neunstundenjahr auf 345 899 M., beim Achtstundenjahr auf 366 484 M. Beim Neunstundenjahr verdiente sonach jeder einzelne Akkordarbeiter durchschnittlich 61,9 S. pro Stunde, beim Achtstundenjahr 71,9 S. pro Stunde, es entspricht das einem Verhältniß von 100 : 116,2 zu Gunsten des Achtstundentages. In allen Betrieben ist der Stundenverdienst beim Achtstundentag höher als beim Neunstundentag und schwankt die Differenz zwischen 7,1 und 12,1 S. pro Stunde. Bei den im Zeitlohn Arbeitenden ist das Verhältniß ebenso günstig.

In einem Vortrage des Professors Dr. Abbe führt der Redner aus, daß es keinen einzigen Grund gäbe, der die Nichteingührung des Achtstundentages rechtfertige. Nur die Leute, die noch dem bruten Grundsatze hulbigen: „Wir sind Herren im Hause und wollen es auch bleiben!“ können die Forderung des Achtstundentages bekämpfen. Daher ist eine Vertretung des Arbeiterstandes im Betriebe des Unternehmers eine Notwendigkeit, ebenso, wie es notwendig ist, die Gleichberechtigung zwischen Unternehmer und Arbeiter in die Wirklichkeit umzusetzen.

Die früheren Klagen über die Benachtheiligung der Industrie durch Verkürzung der Arbeitszeit und durch die steigenden Löhne sind in England schon lange verstummt und ganz im Gegentheil vermehren sich von Jahr zu Jahr die Stimmen Derer, die etwas verstohlen sich zuraunen: „Wenn doch nur unsere Vettern auf dem Kontinent recht lange bei ihrem alten Uberglauben bleiben wollten, daß lange Arbeitszeit und dürftige Löhne eine Steigerung der Arbeitsleistung zur Folge hätten, und wenn es uns gelang, die Einsicht, daß das Gegentheil richtig ist, noch recht lange als Geheimniß der Engländer zu behalten, dann dürfte England hoffen, auf mehrere Generationen hinaus vor seinen Konkurrenten auf dem Kontinent einen ganz gewaltigen Vorsprung zu haben.“ Diese Stimmen kommen nicht etwa aus den Kreisen der englischen Arbeiter, sondern aus den Kreisen der wohlhabenden englischen Unternehmer. In Deutschland dagegen ist die Diskussion dieser ganzen Frage in den Kreisen der Unternehmer wie überhaupt in den Kreisen des gebildeten Bürgertums, bisher ausgesprochen deutlich unter der Einwirkung eines roten Lappens geblieben. So ist es gekommen, daß die Sozialdemokratie sich rühmen darf, daß sie seit Jahrzehnten der einzige Hort gewesen ist, auf dem die Förderung des Gemeinwohls liegt, daß sie in ganz hervorragendem Maße auf die Hebung der Leistungsfähigkeit des ganzen Volkes hingewirkt habe.

Professor Abbe schloß: Wenn das Festhalten an diesem Standpunkt seitens unserer bürgerlichen Kreise bisher Unverstand und Thorheit gewesen ist, so wird das weitere Festhalten für die Zukunft Frevel zu nennen sein!

Und so können auch wir sagen: Wer heutzutage noch den Achtstundentag bekämpft, der thut

nungen genügen und Schutzvorrichtung haben. Bei Leiter-
röhren sind mit Geländer versehene Stiegeleitern anzu-
bringen.

9. Der Unternehmer hat sämtliche Arbeiter nur durch
den paritätischen Arbeitsnachweis einzustellen.

10. Der Unternehmer hat für verschleißbare Räumlichkeiten
Aufbewahrung der Kleider zu sorgen, sowie für genügende
Wäschevorrichtung. Die Aufbewahrung von Materialien ist in
vordereinander Räumlichkeiten nicht gestattet.

11. Sämtliche Maßnahmen sind nur von fachkundigen
Leuten zu treffen.

12. Fahrgehalt muß nach allen Vororten
bezahlt werden.

13. Dieser Tarif tritt mit dem 1. April
1902 in Kraft und läuft stillschweigend
weiter, so lange nicht eine Kündigung von
der einen oder anderen Seite 3 Monate vor-
her erfolgt.

Mit diesem von der Organisation der Innung angestellten
Tarif beschäftigte sich am 4. März die Innungsverammlung
und ging darüber zur Tagesordnung mit der Mitteilung,
daß der alte Tarif noch bestünde, weil derselbe nicht recht-
zeitig gekündigt sei. Dieses teilte auch die Innung dem
Vorstand der Filiale I mit in einem Schreiben vom 13. März,
welches Kost. Buschold zur Verlesung brachte und betonte
dabei, daß die Innung doch einen merkwürdigen Standpunkt
einnahme. Wenn die Innung also anerkenne, daß der Tarif
noch bestehe, so wäre es ihre verdamnte Pflicht und Schutzpflicht,
auch den Lohnsatz von 50 S zu zahlen und dar-
auf zu achten, daß er wirklich eingehalten
werde. Aber gerade die Berliner Verhältnisse seien ver-
trotz, daß man auch nicht das Geringsste von einer einiger-
maßen guten Regelung merke. Mehner weist zum Beispiel auf
die im „Vereins-Anzeiger“ zur Sprache gebrachten Frauen und
treiben Zustände hin, welche in Berlin vorkamen und jüdet die
„Ordnung“ und das Gedeihen einiger Firmen, wie Borsham,
Giese usw. an. Im Laufe der Diskussion wird das Meiste
von einigen Kollegen noch ergänzt. Diese einzelnen Fälle be-
weisen zur Genüge, wie die meisten Unternehmer der
„Maler-Geschäfte“ (!) es verstanden und auch fertig
bekommen haben, die für den Arbeiter schwerste Zeit des ge-
schäftlichen Niederganges für sich auszunutzen. Verlangt wird,
daß hier in Berlin durch Gründung einer Sonderorganisation
(vielleicht kommt bald noch die dritte, die „christlich-soziale“
hinzu!) die Kräfte zersplittert und dadurch die Vorderwärts-
bewegung für die Eringung besserer Lebensbedingungen un-
gemein aufgehalten wird. Kollege Miel bedauert, daß hier in
Berlin, wo die Intelligenz zu Hause sein sollte, noch so Viele
so weit zurück sind, um den Wert der Organisation zu ver-
stehen und zu erkennen und richtet einen zündenden Appell an
die Versammlung, die Organisation zu stärken. Des Weiteren
tritt er den Ausführungen eines Quartiermeisters entgegen, indem
er rundweg besagt, daß der Lokalverband die angeführten
Leistungen ausführen könne. Das ganze Geld gehe ja für
das Traktatchen auf. Es scheint ihm auch, als ob man
Harmoniebüffel treiben wolle. Eine Absonderung, welche
dem langjährigen Zentralverbande in den Rücken fällt, einen
Keil in die Bewegung treibt, kann man nie und nimmer an-
erkennen; da giebt es kein Pattieren. Kollege Buschold macht
die Lokalisten verantwortlich, daß die im vorigen Jahre
abgebrochenen Verhandlungen illusorisch waren und hofft, daß
in diesem Jahre die Verhandlungen zu befriedigendem Ende
gelangen mögen. Über alle Verträge bleiben auf dem Papier,
so lange keine Macht, keine einige starke Organisation der
Kollegen vorhanden ist, welche über den Tarif wacht.
Kollege Jakobst steht auf dem Standpunkt, daß dem Ge-
hilfenausschuß sofort der Auftrag erteilt wird, mit der
Innung in Unterhandlung zu treten. Folgende Reso-
lution wurde nach Verlesung einstimmig angenommen:
„Die heute, den 14. April 1902, tagende öffentliche Ver-
sammlung der Maler und verw. Berufsgenossen Berlins
und Umgebungs protestiert mit aller Entschiedenheit gegen das
Verhalten der Berliner Maler-Innung und sieht aus dem
Antwortschreiben vom 13. März 1902 nur eine Verschleppungs-
theorie. Die Versammlung beauftragt deswegen den Ge-
hilfenausschuß, über den im November 1900 und am 19. Febr.
1902 eingereichten und nicht zum Abschluß gebrachten Lohn-
tarif mit der Innung zu verhandeln. Gleichzeitig beauftragt
die Versammlung den Vorstand der Vereinigung der Maler z.
Deutschlands, Filiale Berlin, an den Verhandlungen mit-
teilzunehmen, damit zur Durchführung und Innenhaltung
des Tarifs alle Mittel und Wege, die zu Gebote stehen, zur
Ausführung gebracht werden. Die Versammelten verpflichten
sich, soweit sie noch nicht der oben genannten Organisation
angehören, sich derselben anzuschließen und für deren Aus-
breitung zu agitieren, um ihre so berechnigte Forderung zur Durch-
führung zu bringen.“

X Düsseldorf. Von einem Mitgliede des Ge-
hilfenausschusses hörten wir, daß sich Herr Witte von der
Firma Blumenberg & Witte beschwert hätte, daß unser
Artikel im „Vereins-Anzeiger“ nicht auf Wahrheit beruhe.
Nun, Herr Witte, hier giebt's kein Leugnen mehr, es ist wahr,
daß Sie den Kollegen L. gemahrgelt und daß am besagten
Sonntage so viel von Ihnen Leuten aufgeführt haben. Aber
die Wahrheit hört genannte Firma nicht gerne. Weiter ist
wahr, daß Sie jetzt schon sage und schreibe 50 S pro Stunde
bezahlt, sonst hielten sie diese Leute überhaupt nicht. Denn
das, Ihr organisierter Kollegen, laßt Euch gesagt
sein, wenn die Firma Euch nicht mehr braucht, so wird sie
Euch den Lohn von 50 S nicht mehr bezahlen. Reigt ge-
nannter Firma, daß Sie Euch jetzt nötig hat und nicht Ihr
dießselbe! Denn gerade Sie ist es, welche vor zwei Jahren ver-
herrschte, langjährige Arbeiter aufs Pflaster warf und er-
stürzte, mit der Vereinigung werden wir schon noch fertig!
Neuerdings kommt die Firma Hemming & Witte auch dazu
und reißt sich entgegenannter Firma würdig an. Ja, diese
Herren sind sogar so weit gegangen, einem Kollegen zu
sagen, wenn er nicht bei ihnen weiter arbeiten wolle, gehen
wir zum Innungsnachweis und zeigen es an, dann bekäme er
überhaupt keine Arbeit mehr in Düsseldorf. Den weiteren
Verlauf dieser Verurteilung werden wir abwarten. Eine
eingehendere Schilderung wollen wir einstweilen zurückstellen,
wie wir uns auch vorhalten, noch mit Herrn Verres ein
Wörtchen zu sprechen. Den Tarif innezuhalten verspricht die
Innung auf Ehrenwort, eine Unterschrift zu geben hat sie ab-
gelehnt. Wie Unternehmer ihr Ehrenwort halten, von wenigen
Ausnahmen abgesehen, ist den deutschen Arbeitern allgütig be-
kannt. Und nun fragen wir uns, warum hat die Innung
den Tarif nicht unterschrieben? Doch bloß darum, in der
guten Zeit will man nach demselben wohl bezahlen, aber im
Winter nicht. Ja, man will von Seiten der Innung den
Quartiermeistern einiger Meister nicht Einhalt thun, um ja
die Getreuen nicht vor den Kopf, sowie dadurch die hiesige
Zwangsinnung zu gefährden und sie vor einer Auflösung
zu bewahren. Nun, das letzte Wort in dieser Sache ist noch
nicht gesprochen. Darum, Kollegen, seid alle Mann auf dem
Posten, Euch ruft die Pflicht, erlahmt nicht, unsere gerechte
Sache zu unterstützen! Denn nirgendwo kann das Unter-
nehmertum brutaler sein als gerade hier im Rheinland.

Verhandlungs-Berichte.

Durlach. Eine mächtig besuchte öffentliche Versamm-
lung fand am 12. April statt, in der Kollege Ludwig-Stutt-
gart über die Meißner und ihre wirtschaftlichen Verhältnisse referierte.
Es waren auch einige bekannte Prinzipale eingeladen, so die
Herren Nicher und Wiedmann, doch sahen es die Herren vor,
der Versammlung fernzubleiben. Am Schluß seines beißig
aufgenommenen Referats wies Kollege Ludwig auf die Not-
wendigkeit der Organisation hin, der sich jeder Arbeiter
anzuschließen habe, besprach noch kurz die Erfolge,
welche man mit der Hauszastattung hatte, und
wünschte, daß dieselbe überall eingeführt werde. Auch richtete
er einen Appell an die anwesenden Kollegen, Mann für Mann
der Vereinigung beizutreten und derselben treu zu bleiben,
wozu sich bann auch einige Kollegen bereit erklärten.

Meißner. Am 17. April fand im Thurnhaus eine
öffentliche Versammlung statt, in der zuerst Kollege Lehner
den Bericht vom Provinzialtag erstattete. In der Diskussion
sprachen sich unter anderem verschiedene Kollegen gegen die
ablehnende Haltung des Delegierten zum Antrag Leipzig aus.
Kollege Schmidt beantragt, eine Kommission zu wählen, die
Ausarbeitung von Fragebogen zur Aufnahme einer Statistik
über die hiesigen Lohn- und Verhältnisse in unserem
Berufe. Es wurden hierzu gewählt die Kollegen Stank,
Schmidt und Lehner. Zum Punkt „Gewerkschaftsstatistik“
berichtigte Kollege Schmidt, daß das Gewerkschaftsfest am
27. Juli in der Weintraube“ abgehalten wird. Die An-
träge: „Der Allgemeine wird ersucht, eine Versammlung ein-
zuberufen, um mit dem Gehilfenausschuß und übrigen Kol-
legen mehr in Fühlung zu treten“, und: „Zum 4. Mai eine
Agitationsversammlung einzuberufen“, wurden einstimmig
angenommen.

Potsdam. Am 12. April referierte hier Kollege Tobler
über corporative Verträge. Am Schluß seiner interessanten
Ausführungen ermahnte er die Kollegen, dafür zu sorgen,
daß diese Verträge auch mit aller Macht hochgehalten werden.
Wenden die Kollegen nach glücklich geschaffenen Lohnsätzen
der Organisation den Rücken, so dauere es nicht lange, bis
das Unternehmertum die Gelegenheit wahrnimmt und die
Ermittlungen durchführt. Als treffendes Beispiel führt
er die hiesige Bewegung vor zwei Jahren an. Die Not-
wendigkeit der Hauszastattung und den Nutzen dieser Ein-
richtung noch eingehend schildern, ersucht er, auch hier damit
zu beginnen. Vom Vorhändigen wird darauf der Versamm-
lung mitgeteilt, daß in der nächsten Monatsversammlung die
Bezirksteilnahme vorgenommen und endgültig mit der
Hauszastattung begonnen werden soll.

Regensburg. Am 7. April fand unsere gut besuchte
Generalversammlung statt. Dem Kassierer wurde Rechnung er-
stattet und bedauert, daß der bisherige Vorstand, der schon
zwei Jahre vor vollstem Zufriedenheit sein Amt vertrat,
dieses niederkgelegt. Zu den neuen Ausschüssen wurden folgende
Kollegen gewählt: F. Dollinger erster, M. Brunner zweiter
Vorstandsber., A. Gert Kassierer, H. Nibel Schriftführer, S.
Nicht und G. Augustin Bibliothekar, S. Brunner Bibliothekar,
E. Niedermeyer Entlastender. Hoffen wir, daß der neue Aus-
schuß unsere Organisation ebenso gut fördern wird, wie es
der alte getan hat. Kollege Dollinger appetitierte an die Mit-
glieder, die Monatsversammlungen fleißiger zu besuchen und
hier ihre Ansichten und Klagen zum Ausdruck zu bringen,
statt am Hiertsch. Die Versammlung sei der Ort, wo sich
ein Jeder aussprechen und jede Sache geregelt werden kann.
Aber viele Kollegen meinen, wenn sie nur zahlen, dann
brauchen sie sich um weiter nichts zu kümmern, in den Ver-
sammlungen sind sie nie zu sehen, zu ihren Unterhaltungs-
vereinen geht es ihnen aber nie an Zeit, dort sieht man sie
immer. Im Allgemeinen sei die Lage in unserer Filiale
zufriedenstellend, wenn nicht wieder einige Kollegen, die bei
unserem vorjährigen Streit so tapfer mitgekämpft, uns den
Rücken gefehret hätten, was man auch zum größten Teil den
Vergnügnissbereiten zuschreiben habe. Hoffentlich gelingt
es im Laufe des Sommers, alle indifferenten Kollegen zur
Organisation zu bringen. Die Hauszastattung hat viel mit
dazu beigetragen, uns die Mitglieder zu erhalten. Was die
Unternehmer anbelangt, so können sie uns den Streit vom
vorigen Jahre immer noch nicht ganz vergessen. Sie haben
sich eine Werktastattung ausgearbeitet, die man aber bei
dem größten Teil der Meister noch gar nicht zu sehen be-
kommen hat, wohl weil sie wissen, daß wir sie doch nicht
anerkennen werden, wenn sie uns nicht zuvor unterbreitet wird,
wie es seiner Zeit mit der Lohnkommission ausgemacht wurde.
Was den Tarif anbelangt, so wurde derselbe bis auf eine
unbedeutende Werkstelle von sämtlichen Meistern eingehalten.
Um aber zu jeder Zeit schlagfertig dazustehen, heißt es fleißig
agitieren und nicht ruhen, bis der letzte Mann in der Organi-
sation ist. Ein großer Vorteil für uns ist es, daß wir
bereits sämtliche älteren ansässigen Kollegen in unserer
Organisation haben, wodurch ein guter Stamm geschaffen
ist. Unser Wunsch ist, bald berichten zu können: „Es fehlt
keiner mehr!“

Gewerkschaftliches und Soziales.

Der Verband der Glasarbeiter Deutsch-
lands hat seinen in einer Broschüre Bericht und Abrechnung
über den Streit der Glasarbeiter in Schauenstein und Nien-
burg wie über den Generalstreik der Flaschenarbeiter Deutsch-
lands herausgegeben. Insgesamt beziffern sich die Ausgaben
auf 591 222,95 M., wovon 537 051,53 M. durch Gewerkschafts-
verbände, Kartelle und Sammlungen aufgebracht wurden und
54 171,37 M. aus der Verbandskasse flossen. Während des
Streits kamen 70 Straffälle vor und wurden 21 Monate,
8 Tage Gefängnis und 1136 M. Geldstrafen verhängt, die
549,90 M. Gerichtskosten verursachten.

Die Dresdener Gewerkschaften beschlossen
den Bau eines Gewerkschaftshauses. Anteil-
scheine zu 5, 10, 20, 50, 100 M. und solche ohne bestimmte
Summe sollen ausgegeben werden.

Der Verband der Schneider und
Schneiderinnen hält am 27. August und folgende
Tage seinen ordentlichen Verbandstag in München ab.

Der Verband der Maschinisten und
Heizer Deutschlands beschloß auf seiner General-
versammlung die Einführung der Arbeitslosenunterstützung.
Nach dem Geschäftsbericht zählt der Verband in 62 Orten
6000 Mitglieder.

Der internationale Arbeiterversiche-
rungskongress, der bisher stets im Ausland getagt
hat, wird in diesem Jahre zum ersten Male in Deutschland
und zwar in Düsseldorf vom 17. bis 24. Juni abgehalten
werden. Dr. Bödter sowie mehrere Mitglieder des Reichs-
versicherungsamtes werden Referate über Fragen der Arbeiter-
versicherung, der Unfallversicherung, der Unfallversicherung
usw. erstatten. Der Reichszugler hat dem Kongress, der
unter dem Patronat der deutschen Regierung steht, jede
Förderung, „soweit angängig“, in Aussicht gestellt.

Die öffentliche Bibliothek und Leses-
halle in Jena hat einen erfreulichen Bestand aufzuweisen.
Wie aus dem Jahresbericht für 1901 hervorgeht, waren in
diesem Jahre 65 676 Entlehnungen zu verzeichnen, das sind auf
jeden Einwohner von Jena und Umgebung durchschnittlich 3 1/2 ent-
lehnte Bücher. Die Bibliothek besitzt gegenwärtig 11 800
Bände. Jeder fünfte oder sechste Einwohner ist eingetragener
Leser. Unter den 3399 männlichen Lesern befinden sich
2171 Gehilfen und Lehrlinge aus Handwerk, Industrie und
Bauwesen, wie übrigens die Bibliothek von allen Gesellschafts-
klassen stark benutzt wird.

Entbehrungslos. Trotz der Krise haben
die Theilhaber der Badischen Nitrate- und Soda-
fabrik im Jahre 1901 nicht weniger als 10 119 722 M.
„verdient“. Die Lage der darin Arbeitenden ist weit und breit
als eine elende bekannt, während an die Aktionäre 24 pSt.
verteilt wurden. Die A.G. für Glaserindustrie, vormals
Siemens in Dresden, zahlt 18 pSt. Dividende an
ihre Theilhaber, die Arbeiter werden, wie bekannt, mit den
niedrigsten Löhnen abgepeist.

Der fliegende Gerichtsstand der
Presse. Das diesen Gegenstand behandelnde Gesetz ist
nunmehr vom Bundesrath angenommen worden. Es ent-
spricht dem, was schon bekannt war: Zuständig soll im All-
gemeinen der Ort des Erscheinens sein, nur für private
Beleidigungsklagen soll auch das Gericht zuständig
sein, wo der Beleidigte seinen Wohnsitz hat. Diese Ausnahme
macht das Gesetz wertlos und unannehmbar. Dadurch wird
die Vorlage geradezu zu einem Ausnahmengesetz gegen die
Presse. Am 21. April erfolgte im Reichstage die erste Ver-
sicherung dieses Gesetzes. Abg. Heine nahm scharf
Stellung gegen den Entwurf; die Mehrzahl der fliegen-
den Gerichtsstände sei einfach geschwindig, davon müsse
man absehen. Der Entwurf bedeute auch für die Praxis
einen Rückschritt. Vielleicht werde auch das Reichsgericht im
Laufe der Jahre einmal seinen jetzigen Standpunkt ändern.
Wenn wir es bei dem jetzigen Zustand belassen, könnte man
uns höchstens vormerken, daß wir ein Unrecht mit angesehen
haben, dem wir nicht im Stande waren, abzuhelfen; nehmen
wir aber die Vorlage an, so kann man uns mit Recht den
Vorwurf machen, daß wir uns an dem Unrecht festset-
zen, es sanktionieren haben, und das wäre der größte Fehler,
den der Reichstag nach dieser Wahl thun könnte.

Schutz gegen Weiberkrankung. Einem
französischen Fabrikinspektorenbericht zufolge nehmen die Wei-
berkrankheiten in einer Weißbleichfabrik von Lille stetig ab;
1900 wurden 65 Fälle gegen 87 in 1899 konstatirt. Pro-
zentuell sind die Erkrankungen noch immer sehr häufig, da
auf 100 beschäftigte Arbeiter noch 19 Weiberkrankungen (gegen
28 in 1897) entfallen. Bessere Resultate dagegen wurden in
einer anderen Fabrik erzielt, wo fast gar keine Vergiftungen
vorkommen, dank der wirksamen Schutzmaßnahmen. Die Pro-
duktion von Bleichmittel geschieht ausschließlich auf nassem Wege
und in verschlossenen Apparaten, die überdies direkt mit Staub-
abfuhr in Verbindung stehen. Wie lange soll es noch
dauern, bis auch für unseren Beruf in Deutschland wirksame
Schutzmaßnahmen getroffen werden? Das darf
aber unsere Kollegen nicht abhalten, ohne Unterlaß bei jeder
sich bietenden Gelegenheit auf diesen wunden Punkt hinzu-
weisen und fleißig Material zu sammeln. Wir machen
unsere Kollegen ausdrücklich auf den Leitartikel in Nr. 14 des
„W.“ aufmerksam, woraus sie ersehen können, daß erst
für einen winzigen Bruchtheil unserer Berufskollegen in
einigen staatl. Betrieben anerkanntswerte Vorschriften
zum Schutze für Leben und Gesundheit existieren. Derartige
gründliche Bestimmungen in allen Betrieben durchzuführen,
muß unser Bestreben sein.

Unternehmer gegen Lohnrückerei. Es
sind zwar keine Unternehmer aus unserem Berufe, denen ein
Einschreiten gegen die Herabsetzung der Löhne je als eine Noth-
wendigkeit erschien, es betrifft vielmehr den Dresdener Arbeit-
geberverband für das Baugewerbe, doch verdient dies so seltene
Vorkommniß registriert zu werden. Besagter Dresdener Ver-
band hält schon seit einigen Jahren bei seinen Mitgliedern
darauf, daß diese den vereinbarten Lohn hochhalten. Neuer-
dings hatte sich die Lohnkommission der Zimmerer an den
Verband gewendet, weil auf einem Bau der übliche Lohn ge-
kürzt werden sollte. Darauf ist der Lohnkommission in einem
sehr loyal gehaltenen Schreiben mitgeteilt worden, daß auf
das Jahr 1902 der Lohn für Maurer und Zimmerer auf
40—45 S (gegen 43—45 S), für Handarbeiter auf 30 bis
33 S (wie bisher) festgesetzt worden sei. Außerdem ist dem
Schreiben aber eine Abschrift des Protokolls der Versammlung,
in der über die Sache verhandelt und beschlossen wurde, bei-
gegeben, das sehr interessant ist. Es heißt darin u. a., daß die
Erhöhung der Löhne in der Hochkonjunktur kaum mit dem
steigen der Lebensmittel- und Miettpreise
gleichem Schritt gehalten habe; deshalb kein
Grund vorliege, die wirtschaftliche Krise zu benützen,
um die Löhne herabzusetzen. Es ist im Gegentheile schon
aus Zweckmäßigkeitsgründen (!) geboten, Lohnreduktionen
hinzuzuhalten. Die königliche
und städtischen Behörden hätten freilich ihre Mit-
wirkung an der Festsetzung stabiler Löhne „galt abge-
lehnt“. (!) Eine Erweiterung der Lohngrenze nach unten
vorzunehmen, sei der Verband genöthigt in Rücksicht auf die
Flucht seiner Mitglieder und die Konkurrenz der nicht dem
Verbande angehörenden Unternehmer. In Bezug auf letztere
und die Lohnrückerei überhaupt wird sogar gegen die Ar-
beiterorganisation der Vorwurf der Lässigkeit er-
hoben. Die Stelle lautet wörtlich: „Ebenso wenig hat der
Arbeitgeberverband seitens der Arbeiterorganisation in seinem
Bestreben, den Lohn auf der jetzigen Höhe zu erhalten, Unter-
stützung gefunden. Die Arbeiterorganisationen haben sich
zwar einmal an den Verbandsvorstand gewandt, wenn ein
Mitglied des Verbandes geringeren Lohn zahlte, worauf dann
jedemal die festgesetzten Löhne zur Geltung gekommen sind.
Dieselben Arbeiterorganisationen aber sind nicht in der Lage
gewesen, und haben es meist auch garnicht versucht, die
Bauten zu sperren, wo von Unternehmern, die dem
Verband nicht angehören, 3 bis 5 S weniger als der Ver-
bandslohn gezahlt wurde. Ebenso wenig haben die Arbeiter-
organisationen versucht, im Vereine mit der Arbeit-
geberorganisation irgend welchen Rath oder Ber-
euerung zu suchen, wie dem Herabgehen der Löhne
zu steuern sei.“ Nach wie vor steht der Verband auf
dem Standpunkte, daß Lohnherabsetzungen ganz unzweck-
mäßig seien.

Daß keine Humanitätsgeföhle den Dresdener Arbeitgeber-
verband leiteten, diesen Standpunkt einzunehmen, ist leicht
erklärlich, immerhin muß man ein derartiges Vorgehen an-
erkennen, daß keine Lohnabzüge stattfinden sollen. Trotzdem
wurde für 1902 eine Lohnkürzung vorgenommen, indem der
Lohn von 43—45 S auf 40—45 S für Maurer und
Zimmerer festgesetzt wurde.

